

## KURZMELDUNGEN

Reform  
abgelehnt

**BERN** | Die Kantone sollen nicht grundsätzlich gleich viel an die Prämienverbilligung beitragen wie der Bund. Der Nationalrat hat am Dienstag eine parlamentarische Initiative aus den Reihen der Grünen mit dieser Forderung abgelehnt. Mit 111 zu 77 Stimmen bei 2 Enthaltungen folgte die grosse Kammer der Mehrheit der vorberatenden Gesundheitskommission, welche beantragt hatte, der Initiative keine Folge zu geben. Damit ist der Vorstoss vom Tisch.

Die parlamentarische Initiative verlangte eine Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG). Demnach sollte der Kantonsbeitrag an die Prämienverbilligung innert zweier Jahre mindestens dem Bundesbeitrag für den einzelnen Kanton entsprechen. Kantone, deren Durchschnittsprämie für Erwachsene die schweizerische Durchschnittsprämie für Erwachsene um mehr als 10 Prozent unterschreitet, hätten ihren Anteil um maximal 10 Prozent senken können. | sda

Referendum  
angedroht

**BERN** | Gegen die geplante Stiefkindadoption für Homosexuelle regt sich Widerstand. Sollte das Parlament das neue Adoptionsrecht in der vorliegenden Form verabschieden, will ein überparteiliches Komitee aus den Reihen der SVP, der CVP und der EDU das Referendum ergreifen. Nach dem Ständerat sprach sich am Montag auch der Nationalrat dafür aus, dass Homosexuelle Kinder ihres Partners oder ihrer Partnerin in Zukunft adoptieren dürfen. Heute ist die Stiefkindadoption Ehepaaren vorbehalten. Künftig soll sie in allen Paarbeziehungen möglich sein, unabhängig vom Zivilstand und von der sexuellen Orientierung. Zwar haben die Räte noch nicht alle Differenzen bei der Änderung des Adoptionsrechts bereinigt. Nach dem Entscheid vom Montag sind sie sich aber einig, dass der Weg für die Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Ehepaare frei gemacht werden soll. | sda

Keine neuen  
Vorgaben

**BERN** | Die Schweizerische Nationalbank (SNB) soll keine neuen Vorgaben erhalten. Der Nationalrat hat am Dienstag zwei Vorstösse aus den Reihen der SP abgelehnt, die der Nationalbank neue Aufgaben zuweisen wollten. Die grosse Kammer lehnte die parlamentarischen Initiativen mit 136 zu 54 Stimmen respektive 136 zu 53 Stimmen bei einer Enthaltung ab. | sda

Debatte zur  
Cyber-Attacke

**BERN** | Die Grünen fordern mit einer dringlichen Interpellation eine aktuelle Debatte im Parlament zur Cyber-Attacke auf den bundeseigenen Rüstungskonzern RUAG und das VBS. Gemäss einem offiziellen Bericht seien auch einfache Sicherheitsmassnahmen unterlassen worden. | sda

## Bern | Ja zur Subvention für Wasserkraftwerke bei tiefen Strompreisen

## Subventionshahn geöffnet

**Grosswasserkraftwerke sollen Subventionen erhalten, wenn sie den Strom zu tiefen Preisen verkaufen müssen. Darauf haben sich die eidgenössischen Räte geeinigt. Der Ständerat ist am Dienstag auf die Linie des Nationalrates eingeschwenkt.**

Finanzhilfen für bestehende Grosswasserkraftwerke waren im ersten Massnahmenpaket zur Energiestrategie ursprünglich nicht vorgesehen: Der Ständerat baute dieses Instrument in die Vorlage ein. Damit reagierte er auf die tiefen Preise im europäischen Strommarkt.

Zunächst wollte der Ständerat jedoch nur Werke unterstützen, die in eine finanzielle Notlage geraten sind. Nun hat sich das Modell des Nationalrates durchgesetzt: Wasserkraftwerke sollen für Elektrizität, die sie unter den Gesteungskosten verkaufen müssen, eine Prämie von maximal 1 Rappen pro Kilowattstunde erhalten.

Güterabwägung ohne  
Einschränkung

Umstritten ist noch, ob die Gelder für Unterhalt und Reparatur eingesetzt werden müssen. Der Nationalrat hatte sich dafür ausgesprochen. Der Ständerat möchte auf die Zweckbindung verzichten. Er hat das Modell ausserdem verfeinert. Stimmt der Nationalrat dieser Version zu, muss der Bundesrat dem Parlament bis 2019 einen Erlassentwurf unterbreiten. Auf die Linie des Nationalrates eingeschwenkt ist der Ständerat auch in etlichen weiteren

Punkten, etwa bei der Abwägung von Schutz- und Nutzungsinteressen. Im Grundsatz waren sich die Räte bereits einig gewesen: Windturbinen oder Pumpspeicherkraftwerke sollen grundsätzlich auch in Naturschutzgebieten gebaut oder ausgebaut werden dürfen.

Der Ständerat wollte die Güterabwägung zunächst aber nur ermöglichen, wenn das Schutzgebiet nicht «im Kern seines Schutzwertes verletzt wird». Das hatte er als Konzession an die Umweltverbände entschieden. Nun hat er mit 31 zu 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, auf die Einschränkung zu verzichten.

Warnung vor  
Volksinitiative

Die Befürworter der ursprünglichen Ständeratsversion warnen vergeblich, eine zu starke Einschränkung des Schutzes könnte eine Volksinitiative von Umweltverbänden provozieren. Die Abstimmung wäre schwierig zu gewinnen.

Die Gegner argumentierten, der Ausstieg aus der Atomenergie bleibe ein reines Lippenbekenntnis, wenn Schutz- und Nutzungsinteressen nicht ohne Einschränkung abgewogen werden könnten. Zwischen den Räten ist nun bloss noch umstritten, ob die Interessen als «gleichrangig» oder «grundsätzlich gleichrangig» betrachtet werden sollen. Geeinigt haben sich die Räte weiter bei der Förderung der kleinsten Wasserkraftwerke: Werke mit einer Leistung von weniger als 1 Megawatt sollen nicht am Einspeisepremiensystem für erneuerbare Energien teilnehmen können.



**Energiewende.** Die Walliser Christdemokraten Jean-René Fournier, rechts, und Beat Rieder, links, befassen sich mit der Energiestrategie 2050 im Ständerat.

FOTO KEYSTONE

Lebensraum  
der Fische schützen

Der Ständerat hatte die Untergrenze ursprünglich wie der Bundesrat bei 300 Kilowatt setzen wollen. Damit hätten auch sehr kleine Werke gefördert werden können. Mit 26 zu 18 Stimmen hat sich der Ständerat nun dem Nationalrat angeschlossen. Die Mehrheit ist der Auffassung, Kleinstwasserkraftwerke hätten im Verhältnis zum Eingriff in die Natur einen zu geringen Nutzen. Der Lebensraum der Fische müsse geschützt werden. Schliesslich haben sich die Räte darauf geeinigt, das Massnahmenpaket zur Energiestrategie von der Atomausstiegsinitiative der Grünen zu entkoppeln. Ursprünglich war das Paket als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative konzipiert, über die im November

abgestimmt wird. Der Ständerat wollte zunächst bei dieser Verknüpfung bleiben. Damit hätte die Referendumsfrist zu den Gesetzesänderungen erst nach einer Ablehnung der Initiative zu laufen begonnen. Nun hat der Ständerat mit 25 zu 17 Stimmen beschlossen, dem Nationalrat zu folgen und die Geschäfte zu entkoppeln.

Abstimmung im Mai  
möglich

Die Mehrheit kam zum Schluss, das sei sinnvoller, weil die Gesetzesänderungen so rascher in Kraft treten könnten. Im Falle eines Referendums könnte die Abstimmung laut Energieministerin Doris Leuthard bereits im Mai 2017 stattfinden, ein halbes Jahr früher als mit einer Verknüpfung. Die Atomausstiegsinitiative verlangt, dass

Atomkraftwerke nach einer Laufzeit von höchstens 45 Jahren vom Netz gehen. Sollte sie angenommen werden, müsste das Parlament das Gesetz erneut ändern.

Umstrittene  
Steuerabzüge

Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Umstritten bleiben nur noch wenige Punkte, darunter die Ziele für die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien. Der Ständerat will einen tieferen Richtwert im Gesetz verankern als der Nationalrat. Eine weitere Differenz betrifft neue Steuerabzüge für Gebäudesanierungen. Der Nationalrat hat sich schon zweimal dafür ausgesprochen. Damit könnten Steuerabzüge damit über mehrere Jahre verteilt werden. | sda

## Bern | Automatischem Informationsaustausch mit EU steht nichts mehr im Weg

## Schweiz in der Vorbildfunktion

**Die Schweiz kann künftig den EU-Staaten und Australien regelmässig Informationen zu Bankkonten von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern übermitteln. Nach dem Ständerat hat am Dienstag auch der Nationalrat Abkommen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) gutgeheissen.**

Opposition kam einzig aus den Reihen der SVP, die das Abkommen mit der EU einstimmig ablehnte. Sie forderte, dass mit Ländern, die noch keine faire Regularisierung lanciert haben, keine Daten ausgetauscht werden dürfen.

Das Abkommen mit der EU wurde schliesslich mit 122 zu 58 Stimmen und 8 Enthaltungen gutgeheissen. Dasjenige mit Australien mit 124 zu 24 Stimmen bei 39 Enthaltungen.

Die Abkommen erlauben es der Schweiz, einer der transparentesten Finanzplätze zu sein und damit Vorbildfunktion zu übernehmen, erklärte Guillaume Barazzone (CVP/GE). Joe Schelbert (Grüne/LU) erinnerte daran, dass damit die Steuerhinterziehung erschwert werde. Er bedauerte allerdings, dass die Regeln nicht auch landesintern angewendet werden.

## Treiber war nicht die EU

Finanzminister Ueli Maurer erinnerte im Rat daran, dass der Ausgangspunkt des automatischen Informationsaustauschs die Finanzkrise war. Treiber für den Standard sei die G-20 gewesen, also nicht die EU, sondern die internationale Staatengemeinschaft.

Den Bedenken der SVP hielt er entgegen, dass die Schweiz auf die Erfahrungen von rund 50 Staaten werde anknüpfen können, die den automatischen Datenaustausch schon ab 2017 durchführen würden. Die Schweiz werde voraussichtlich ab 2018 Daten austauschen und dabei Vorsicht walten lassen und kontrollieren, ob die Daten auch wirklich nur zum Zweck genutzt würden, für den sie bestimmt seien.

Die Schweiz habe keine Wahl und müsse die geltenden Spielregeln übernehmen. Angesichts ihrer guten Voraussetzungen mit einer eigenen Währung, politischer Stabilität und starker Wirtschaft habe sie gute Karten im Konkurrenzkampf der Finanzplätze.

## Australien als erste Wahl

Die rechtlichen Grundlagen für den AIA hatte das Parlament im vergangenen Dezember verabschiedet. Um mit einem Partnerstaat automatische Informa-



**Bankgeheimnis.** Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), äussert sich zum automatischen Informationsaustausch.

FOTO KEYSTONE

tionen in Steuersachen auszutauschen, muss der AIA jeweils bilateral über ein Abkommen aktiviert werden. Das erste Land, mit dem die Schweiz ein Abkommen unterzeichnete, war Australien.

Als G-20-Mitglied erwies sich das Land für das «internationale Ansehen der Schweiz als politisch besonders interessanter Partnerstaat», heisst es in der Botschaft des Bundesrates. Zudem beherbergt Australien die drittgrösste Auslandschweizerkolonie, wie Kommissionsprecher Christian Lüscher (FDP/GE) erklärte.

Regeln zur  
Quellensteuerbefreiung

Technisch gesehen lag dem Nationalrat ein Protokoll zur Ände-

rung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU vor. Neben dem automatischen Informationsaustausch und dem Austausch auf Anfrage umfasst es Bestimmungen zur Quellensteuerbefreiung von grenzüberschreitenden Zahlungen zwischen verbundenen Unternehmen.

Die Bestimmungen wurden unverändert aus dem bestehenden Zinsbesteuerungsabkommen übernommen. Damit werden Schweizer Gesellschaften, die Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren von anderen Konzerngesellschaften aus einem EU-Mitgliedstaat erzielen, vergleichbare steuerliche Vorteile gewährt wie Gesellschaften, die in einem EU-Mitgliedstaat ansässig sind. | sda

Nachtrags-  
kredite

**BERN** | Der Nationalrat hat am Dienstag die Staatsrechnung 2015 sowie die Nachtragskredite zum laufenden Budget deutlich genehmigt. Vor allem die zusätzlichen Kosten für das Asylwesen gaben aber im Rat zu reden.

Von den 22 Nachtragskrediten in Höhe von insgesamt 397 Millionen Franken, die der Bundesrat dem Parlament unterbreitet hat, entfallen rund 90 Prozent oder 353 Millionen Franken auf den Asylbereich. Grund ist die hohe Zahl von Asylgesuchen.

Als der Bundesrat das Budget für 2016 ausarbeitete, ging er von 26000 neuen Asylgesuchen aus. Die übrigen nachträglichen Kredite genehmigte der Rat diskussionslos und folgte damit seiner vorberatenden Finanzkommission. Diese betreffen unter anderem die Innovationsförderung durch die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) im Umfang von 15,8 Millionen Franken, Werterhalt und Weiterentwicklung des nationalen Sicherheitsfunksystems POLYCOM für 13,8 Millionen Franken und die Terrorismusbekämpfung für 6,3 Millionen Franken. Die mit dem Nachtrag I beantragten Mehrausgaben entsprechen 0,6 Prozent des Budgets 2016.

Mit 124 zu 64 Stimmen genehmigte die grosse Kammer den Bundesbeschluss. | sda